

„Nichts über uns ohne uns – Partizipation von Menschen mit Behinderung in Münster sichtbar machen“

Projekthalt

Die KIB möchte in einer Veranstaltung im 1. Halbjahr 2020 im Rathausfestsaal über die bestehenden Möglichkeiten der politischen Partizipation von Menschen mit Behinderung in Münster informieren. Es soll konkret aufgezeigt werden, wie eine Mitarbeit in der KIB oder auch in anderen Gruppen wie der WiM (Wir Menschen mit Lernschwierigkeiten in Münster) oder der JIPA-AG (Jugendliche inklusiv politisch aktiv) dazu beitragen kann, Münster barrierefreier und inklusiver zu gestalten. Die Veranstaltung soll auch dazu genutzt werden, weitere Menschen mit Behinderung für die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen der KIB zu gewinnen. Ferner soll das Engagement aller, die sich in der KIB und ihren Arbeitsgruppen engagieren, anlässlich des 45jährigen Bestehens der KIB in 2020 gewürdigt werden. Die Veranstaltung wird mit dem Sozialamt der Stadt Münster durchgeführt.

Antragsteller/-innen/ggf. Kooperationspartner/-innen

Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (KIB)

Die Veranstaltung wird in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt durchgeführt.

Finanzierung

beantragte Förderung: 4.000 €

Kosten für Gebärdensprachdolmetscher/-innen, Schriftdolmetscher/-innen, Assistenz, Auftritt der Funkys, technische Unterstützung, Kaltgetränke und Snacks, Druckkosten für Flyer, Druckkosten für Plakate zur Arbeit der KIB

Bewertung

Die Veranstaltung bietet allen Interessierten die Möglichkeit, sich über die Arbeit der KIB zu informieren. Sie zeigt auf, dass die Partizipation von Menschen mit Behinderung an Planungs- und Entscheidungsprozessen in Münster bereits gelebte Kultur ist und es wichtig ist, diese Arbeit fortzusetzen und die Beteiligung von Menschen mit Behinderung an Entscheidungsprozessen auch in weitere Bereiche der Stadtgesellschaft zu tragen.

Der Kostenplan ist nachvollziehbar.

Förderempfehlung des Beirates am 05.11.2019

Der Beirat schlägt vor, das Projekt in der beantragten Höhe zu fördern, soweit ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Mit Blick auf die nicht ausreichenden Fördermittel für die Förderung aller Projekte spricht sich der Beirat dafür aus, zu prüfen, ob die Kosten für Gebärdensprachdolmetscher/-innen aus Mitteln des Sozialamtes übernommen werden können.

Das Sozialamt wird die Kosten für die Gebärdensprachdolmetscher/-innen und anteilige Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit aus Mitteln des Sozialamtes für Öffentlichkeitsarbeit tragen.